

Die „Streikzeit“ erscheint morgens und nachmittags an Sonn- und Festtagen zur morgens...  
Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111.  
Verleger: Kurt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtzeilige Normalzeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen...  
Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19  
Verleger: Kurt Norden 2895

# STREIKZEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der drohende Kampf in der Berliner Metallindustrie.

### Die Stellungnahme der Verbandsfunktionäre und Arbeiterräte.

In den Sophienkälern tagte gestern abend eine von fast 100 Personen besuchte Versammlung der erweiterten Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Arbeiterräte der Berliner Metallindustrie. Ueber die durch den Abschluß der Verhandlungen neu geschaffene Situation erhellte der Bevollmächtigte Knisch ausführlichen Bericht. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes:

Der am 21. August gefällte Schiedsspruch wurde von beiden Parteien verschieden auslegt. Die Arbeiter waren der Meinung, daß durch den Fortfall der 6. Lohnklasse ein Aufsteigen in höhere Lohnklassen geschehen sei, während die Unternehmer eine andere Auslegung hatten. Sie versuchten die niedrigen Lohnsätze beizubehalten. Die Verhandlungen vor dem Arbeitsministerium waren ohne Erfolg und es bedurfte der Einsetzung eines neuen Schiedsrichters mit unparteiischem Vorzeichen. Der Reichsarbeitsminister verlangte von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Vorschläge für den unparteiischen Vorsitzenden, lehnte aber alle gemachten Vorschläge ab, weil die vorzuschlagenden Personen nicht die Billigung der Unternehmer fanden. Schließlich wurde ein Vorsitzender bestimmt, der sich wohl die rechtliche Mühe gab, die Parteien zu einigen, aber in seinen Entscheidungen doch den Forderungen der Unternehmer Rechnung trug. Knisch gab dann einen Bericht über die einzelnen Schiedssprüche ab, dessen Bekanntgabe ebenfalls erregte Zwischenfälle auslöste. Die durch den Spruch vom 21. August verordnete Entlohnung der besonders hoch qualifizierten Arbeiter über die vorgezeichneten Lohnklassen hinaus, wird dadurch beseitigt, daß diese Arbeiter alle in die erste Lohnklasse gebracht werden und diejenigen Arbeiter, die der ersten Lohnklasse zuwider wurden sind, müssen einfach in niedrigere Lohnklassen kommen. Metallarbeiter, Eisenarbeiter, Mechaniker werden zum größten Teil in die Lohnklasse 2 bis 4 gebracht, Arbeiter in Glas- und Holzwerken werden in die fünfte Lohnklasse gebracht und verdienen einen erheblichen Teil ihres bisherigen Verdienstes. Metallarbeiter, die räumlich unter der höchsten Standordnung stehen, werden in Klasse 4 und 5 gebracht. Selbständige Galvanisierer und großen umfassenden Fachkenntnissen werden in Klasse 3 eingestuft, Wächter in Klasse 2 bis 4, Aussenarbeiter werden in alle fünf Klassen verstreut. Selbständige Schraubendreher für hohe Präzisionsarbeit kommen in Klasse 2 nach 3. Das höchste Stücklohn bei der Schlichtungsentscheidung bei der Festlegung der Löhne für Metallformer. Diese Gruppe hat durchwegs einen Verdienst von 3,50 bis 4 Mk. pro Stunde. Unter dieser Entlohnung sind in ganz Berlin keine Metallformer zu finden. Der Schlichtungsentscheid setzt diese Gruppe in Klasse 1 bis 4, so daß für diese Gruppe ein Stundenlohn von 2,40 bis 3 Mk. befreit würde. Knisch sagte zu diesen Entscheidungen: Erhalten diese Arbeiter die Nachverpflichtung, so haben wir einerseits eine geforderte Lohnhöhe und auf der anderen Seite die Revolution der Betriebe. Um dafür nicht die Verantwortung zu übernehmen, haben die Vertreter der Arbeiter verlangt, daß die Verhandlungen ausgesetzt werden, damit die Funktionäre Stellung nehmen können. Dieses berechtigete Verlangen wurde von den Unternehmern scharf bekämpft. Es wurde erklärt, wenn die Vertreter der Arbeiter dem Schlichtungsausschuß fernbleiben, kann nicht ohne diese verhandelt. Der Vorsitzende entschied dann im Sinne der Arbeiter. Die Verhandlungen sind vorzeitig worden.

Die bisher gefällten Schiedssprüche bringen einen Abbau der bestehenden Löhne. Diese Sprüche sind in Verbindung mit dem Spruch am 21. August betrachtet. Das ganze Verfahren vor dem Schlichtungsausschuß, das Verhalten des Reichsarbeitsministeriums weist dem Verhalten der Unternehmer bewiesen, daß eine großzügige Herabsetzung der Löhne angedacht wird. Dazu muß man auch die neueste Herabsetzung des Ministers Schlichte betrachten, durch welche die Löhne in der Eisenindustrie gesenkt werden, die von dem ehemaligen bürgerlichen Demobilisationsminister Dr. Knisch zum Schutze der Arbeiter erlassen worden sind. Das Verhalten der Metallarbeiter hat bereits Stellung genommen und einstimmig erklärt, daß unter diesen Umständen nicht weiter verhandelt werden sollte. Es muß nunmehr der mit Schlichtern versehenen Schlichtungsausschuß anbeirathet werden, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Diese Kommission besitzt das Verlangen der gesamten Kollegen und es steht zu erwarten, daß ihre Beschlüsse von allen Kollegen befolgt werden. Der Schieds-

spruch bringt eine Herabsetzung der bestehenden Verdienste bis zu 50 Prozent. Das können und dürfen die Kollegen sich nicht gefallen lassen. Die erweiterte Ortsverwaltung schlägt der Versammlung deshalb folgende Resolution vor:

„Die am 11. September tagende Versammlung der erweiterten Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Arbeiterräte der Berliner Metallindustrie hält die von dem Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums gefällten Schiedssprüche für unannehmbar.

Sie beauftragt die von der Generalversammlung mit Bewußtsein eingesetzte Fünfschneerkommission, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Diese Resolution wurde nach kurzer Diskussion, die sich in zunehmendem Maße bewegte, einstimmig angenommen.

Dieser Bericht bestätigt voll und ganz unsere gestern früh gebrachte Meldung. Der „Vorwärts“ wendet sich in seiner gestrigen Abendausgabe gegen unsere Art der Berichterstattung und erklärt unsere Meldung für sachlich unrichtig. Sollte sich der „Vorwärts“ bei der Organisation der Metallarbeiter erkundigt, und hätte er sich nicht längst zum kritischen Nachbeurteilen der Reichsregierung geäußert, so hätte er wohl den wahren Sachverhalt erfahren können. Es kommt gar nicht darauf an, wie es der „Vorwärts“ hervorhebt, daß die Verhandlungen keineswegs abgebrochen, sondern bis zum 13. September vertagt seien, sondern das Wichtigste ist, daß durch die Schiedssprüche tatsächlich eine Anzahl bis jetzt besser bezahlter Gruppen Lohnminderungen bis herunter zu 50 Prozent erfahren. Daß bei diesen Entscheidungen für die Arbeiter jede weitere Verhandlung zwecklos ist, dürfte auch einem gewissen Arbeiterblatt nicht allzu schwer verständlich sein. Die Berliner Metallarbeiter haben durch ihre Vertreter in der oben berichteten Versammlung die Lage mit Ernst und Einsicht geprüft, und sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Unternehmer einen Kampf wollen, um die Arbeiter klein zu kriegen. Der Berliner Metallarbeiterverband ist den Großindustriellen längst ein Dorn im Auge. Das sind die wahren Ursachen der Verhandlungsschwierigkeiten.

### Die Forderungen der Entente.

Deutschland soll ein Protokoll unterzeichnen.

Amsterdam, 11. September.

Das Reutersche Bureau meldet aus Paris vom 10., daß der Oberste Rat über die Antwort auf die deutsche Note mit Bezug auf die Forderung der Entente über den Artikel 61 der deutschen Verfassung beraten hat. Er kam zu der Ansicht, daß die deutsche Regierung beschuldigt sei, Vertreter nach Paris entsenden zu müssen, die ein Protokoll unterzeichnen, in dem alle Artikel der deutschen Verfassung, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind, für null und nichtig erklärt werden. Dieses Protokoll muß ebenso wie der Vertrag von der Nationalversammlung ratifiziert werden.

### Der Friedensvertrag vor dem amerikanischen Senat.

Washington, 11. September.

Nach einer ergänzenden Reutersmeldung aus Washington wurde der Friedensvertrag mit Deutschland zusammen mit dem Völkerbundvertrag dem Senat mit 45 Abänderungen und vielen Vorbehalten unterbreitet. Die Vorbehalte sehen das unbedingte Recht des Austritts aus dem Bunde vor und schlagen vor, daß die Vereinigten Staaten es ablehnen sollen, die sich aus dem Artikel 10 ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen. Die Hauptabänderungen fordern, daß Amerika dieselbe Stimmzahl erhält wie Großbritannien und Spanien an China statt an Japan gegeben wird.

### Der Friedensvertrag mit Bulgarien.

Paris, 10. September.

Die Uebereinkunft des bulgarischen Friedensvertrages ist auf morgen verschoben worden. Bulgarien erhält 25 Tage Zeit, um den Friedensvertrag anzunehmen.

### Prämien für Streikbruch.

Der preussische Minister des Innern, Herr Seine, hat eine Verfügung erlassen, die allen bisherigen Versuchen, das Streikrecht der Arbeiter zu beschränken, die Krone aufsetzt.

Der Hauptauschuß für Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin hat in durchaus richtiger Bewertung der gegenwärtigen sozialen Verhältnisse und Kämpfe am 12. Juli 1919 beschlossen, Streikteilnehmern, die während der Streiks der Aufforderung zur Aufnahme der Arbeit nicht nachgekommen und deshalb gemahnt worden sind, Erwerbslosenerstützung zuzubilligen.

Herr Seine wendet sich in einem an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und den Demobilisationskommissar für Groß-Berlin gerichteten Erlaß, im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsarbeitsminister, entrüstet gegen diesen Beschluß und erklärt:

„Dieser Entschluß steht im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen. Im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister ersuche ich Sie daher, ihn außer Wirksamkeit zu setzen und bemerke, daß ich eine Ueberrahme etwaiger aus dem Beschluß entstehende Kosten auf Reichsfonds als den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufend nicht befristet, auch nicht in der Lage sein würde, Deckung aus Staatsmitteln bereitzustellen.“

Nach § 6 der Reichsverordnung vom 13. November 1918 und 15. April 1919 soll die Unterstützung nur arbeitswilligen Personen gewährt werden. Die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befindenden zunächst liegt bei Streikenden die Voraussetzung der Arbeitswilligkeit nicht vor; denn der Streik, man mag ihn sonst als Kampfmittel der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber grundsätzlich anerkennen, ist eine freiwillige Niederlegung der Arbeit, und zwar gleichviel, ob er nach den Anordnungen der zuständigen Gewerkschaft auskande kommt oder nicht. Es muß hierbei besonders hervorgehoben werden, daß zur Schlichtung von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Schlichtungsausschüsse eingesetzt sind, deren Entscheidung für beide Parteien bindend sein sollen. Wer unter Uebergehung der Schlichtungsausschüsse oder gegen seine Entscheidung streift, kann nicht als arbeitswillig angesehen werden, auch wenn er unter dem Druck seiner Organisation oder anderer Streikenden steht.

In dem Erlaß wird dann weiter behauptet, daß der Streik keine Kriegsfolge im Sinne des Gesetzes sei. Auch würde die Durchführung des Beschlusses des Hauptauschusses für Erwerbslosenfürsorge „einer Streikprämie aus öffentlichen Mitteln gleichkommen“.

Diese Verfügung eines Revolutionsministers gliedert sich harmonisch allen früheren gegen streikende Arbeiter gerichteten Entscheidungen und Unternehmungen der verschiedenen sozialistischen Regierungen ein. Sie schloßt den streikenden Arbeiter mit dem Makel der Arbeitslosigkeit und geht in der Beurteilung der Streiks noch einen Schritt weiter als frühere Angriffe auf die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter, denn sie wendet sich nicht nur gegen die sogenannten „wilden Streiks“, sondern auch gegen Streikbewegungen, die „nach Anordnung der zuständigen Gewerkschaft zustandekommen“. Koslos Streikbrechergarden, deren Ausgestaltung jetzt offiziell betrieben wird, vermochten bei harmlosen Bürgern noch den Eindruck zu erwecken, als seien sie nur eine Vereinfachung gegen politische Unruhen, die die Form von Streiks annehmen. Herr Seine aber läßt diese Maske fallen. Mit seiner Verfügung wird endlich klar gesagt, daß die sozialistische Regierung sich vor allem als Hüter der Profitordnung im Dienste des Unternehmertums sieht. Hier wird endlich offenbar, daß sich alle ihre Bemühungen letzten Endes gegen jede tatsächliche Gewerkschaftsbewegung richten. Arbeiter, die sich der Entscheidung der Schlichtungsausschüsse oder Einigungskämter nicht fügen, sondern entgegen ihren häufig unbefriedigenden Beschlüssen streifen, können nach Herrn Seine nicht als arbeitswillig angesehen werden. Damit wird der Arbeiter, der nicht willfährig auf den Wink eines Schlichtungsausschusses zu Kreuze kriecht, durch ministerielle Verfügung der Maßregelungswil der Unternehmer ausgeliefert.

Der Sinn der Arbeit der Schlichtungsausschüsse wird auf solche Weise in kein Gegenteil verkehrt. Die Schlichtungsausschüsse und Einigungskämter sollen, soweit das möglich ist, für eine ruhigere Entwicklung der sozialen Verhältnisse wirken. Die Aufrichtung einer Diktatur der Schlichtungsausschüsse aber wird von vornherein das stärkste Mißtrauen der Arbeiterklasse gegen alle ihre Entscheidungen wecken, womit die beabsichtigte Wirkung vollkommen aufgehoben ist. Die Schlichtungs-

ausdrücke werden dadurch zu einem Gemischnis der freien gewerkschaftlichen Betätigung, eine Befürchtung, die von unseren Gewerkschaften stets gehegt wurde, und weshalb sie sich in ihren besten Tagen immer dagegen gestäubt haben, Einrichtungen dieser Art anzuerkennen, solange sie Bestandteil der Sozialpolitik eines arbeiterfeindlichen Regimes sind. „Sozialistischen“ Ministern blieb es vorbehalten, diese Befürchtungen zu bekräftigen.

Die Durchführung des Beschlusses würde tatsächlich einer Streikprämie aus öffentlichen Mitteln gleichkommen, schreibt Herr Heine. Durch die Auslegung des sozialistischen Ministers wird sie nun zu einer Prämie für unsozialistisches Verhalten, zu einer Prämie für einen Streikbruch! Und damit wird auch diese Einrichtung für die Arbeiterkassette entwertet, denn Herr Heine behauptet damit den Empfänger der Erwerbslosenunterstützung mit dem Makel der Untreue.

Sinkt trat Herr Heine als Verteidiger vor Gericht für angeklagte Gewerkschaftsführer ein. Damals las man in den schlimmsten Scharfmacherblättern Angriffe gegen das kämpfende Proletariat, die sich ähnlicher Argumentation bedienten, wie Herr Heine heute. Jetzt findet der Herr Minister die Zustimmung der schlimmsten Klassenfeinde des Proletariats, und aus den Spalten der bürgerlichen Blätter hallen ihm Glückwünsche entgegen. Wir aber möchten fragen, was sagen die Gewerkschaften dazu, was sagt vor allem der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes? Wir können uns nicht denken, daß er auch über diesen Streik gegen die gewerkschaftlich kämpfenden Arbeiter mit dem üblichen Kaffelzuden hinweggeht, weil er von einem „sozialistischen“ Minister geführt wird.

### Auswahlung Kautskys.

Wie lesen in der „Rostischen Zeitung“:

Wie wir hören, liegt ein amtlicher Auftrag des Reichsministeriums an Herrn Professor Wendelsohn-Bartholdy in Würzburg, den General Graf Montgelas und Professor Schäding vor, die Veröffentlichung der Urkunden über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges, unter voller Verantwortung des von Herrn und Frau Kautsky gesammelten Materials, zu bearbeiten. Der Arbeitsplan ist so gedacht, daß Professor Wendelsohn-Bartholdy die Urkunden über die politischen Vorgänge in den letzten Jahren vor dem Krieg gesammelt herausgibt, damit der Zusammenhang der österreichisch-ungarischen Krise, die zum Kriege geführt hat, mit dem gesamten Komplex der Politik ersichtlich wird. Die Arbeit des Grafen Montgelas wird sich auf die Dinge, die mit dem Moment der russischen Gesamtmobilisation sich entwickeln, beziehen. Prof. Schädings Arbeit bezieht sich auf die Publikation der diplomatischen Verhandlungen, die zwischen dem Nord von Serajewo und der russischen Gesamtmobilisation geführt worden sind. Wahrscheinlich wird dieser zweite Teil des ganzen Unternehmens, ebenso der dritte vor dem ersten Teil erscheinen, so die sogenannten Kautskyschen Akten für den ersten Teil keinerlei Material enthalten. Die Arbeit soll möglichst beschleunigt werden, da am 23. September der parlamentarische Untersuchungsausschuß schon in Funktion treten wird, wenn es auch nicht möglich sein wird, bis dahin das Material schon gedruckt vorzulegen.

Das ist wirklich ein Skandal! Die Regierung hat die längste Zeit die Veröffentlichung der amtlichen Dokumente über die Entstehung des Krieges hinausgezögert, obwohl sie damit dem deutschen Volke sowohl inner- als außenpolitisch den schwersten Schaden zugefügt hat. Denn sie hat dadurch die nationalistisch-reaktionäre Agitation gefördert und im Ausland die Ueberzeugung genährt, daß auch die Niederlage und die Revolution an der nationalistischen Mentalität der deutschen Machthaber nichts wesentliches geändert hat.

Jetzt endlich hat sie, nicht zuletzt durch die reaktionären Angriffe dazu gezwungen, sich entschließen müssen, die Dokumente, die längst vorbereitet waren, zu veröffentlichen.

Sie schaltet aber dabei Karl Kautsky, der die Dokumente gesammelt und druckfertig gemacht hat, völlig aus. Die Auswahl des Mannes, der weitaus der bedeutendste Geist ist, über den der deutsche Sozialismus verfügt, ist eine für die Möglichkeit der nationalistischen Agitation ungünstige Umverteilung. Sie ist aber zugleich eine maßlose Unmännlichkeit, denn Kautsky ist einer der wenigen, dessen Ansehen, dessen Wahrhaftigkeit und Unbefangenheit auch im Ausland nicht in Zweifel gezogen werden kann. Zudem man ihm die Herausgabe der Dokumente entzieht, weckt man von vornherein Mißtrauen und schädigt also den Wert der Veröffentlichung. Aber ist von dieser Regierung in ihrer Fälligkeit der auswärtigen wie der inneren Politik je etwas anderes als überhebliche Unfähigkeit gezeigt worden?

### Der alte Demagoge.

Herr Scheidemann ist frisch gestärkt aus der Schweiz zurückgekehrt. In Kassel hielt er gestern Abend eine Rede, die gut vorbereitet war und vom Wolffschen Bureau für so wichtig gehalten wird, daß es sie verbreitete, noch bevor sie gehalten war. Wolff wachte auch schon vorher, daß Herr Scheidemann vor einer „gewaltigen Volksmenge“ reden würde. Regie ist alles!

Was Herr Scheidemann gesprochen hat, war so unbedeutend, daß sich eine Wiedergabe der Rede nicht lohnt. Er beteuerte erst, daß er an seinem Ministerposten nichts verliere, beschwor dann die Monarchisten, sich nicht in einen Gegenstoß zum Volke zu stellen, zumal die Novemberrevolution mit den Trägern und Vertretern so großmächtig verfahren sei, wie nie eine Revolution zuvor. Er versichert, daß die Nachricht, daß dem früheren Kaiser 170 Millionen Mark ausgezahlt werden sollen, falsch sein müsse. Wenn Herr Scheidemann bei seinem Freunde Südekum angefragt hätte, so würde er geblöht haben, daß wirklich die Absicht bestand, diese ungeheure Summe dem Kaiser nachzuwerfen. Scheidemann führte dann folgenden aus:

Der Oberst Reinhardt, der vielfach leider mit dem kaiserlichen Kriegsminister Oberst Reinhardt verwechselt wird, hat die Regierung als Gefinzel, Erbgeber als Lump bezeichnet und weiter gesagt, im Augenblick habe er nur für Ordnung zu sorgen; im Augenblick sei an die Wiedererrichtung der Monarchie nicht zu denken. Daß ein solcher Mann die zum heutigen Tage sein Kommando führt, beleuchtet die jetzige Situation, die unerschütterlich ist. Hat die

Regierung nicht die Macht, diesen Mann von seinem Posten zu entfernen? Dann wäre tatsächlich Herr Reinhardt, der Kasse, der über die militärische Macht verfügt, Kasse aber nur der Inhaber einer papierernen Vollmacht! In dieser Frage darf niemand den Kopf in den Sand stecken. Hier wäre eine Vogelstrauch-Politik verhängnisvoll für die innere und äußere Politik. In den Kabinetten wird nicht nur offen monarchische Propaganda getrieben, es wird auch in Judendepe gemacht und die Vogroachtungsmittel erzeugt.

Das ist der alte Demagoge Scheidemann, wie er lebt und lebt. Nachdem er und seine Freunde die Reaktion mit allen Mitteln gefördert und den monarchistischen Offizieren zu der alten Kommandogewalt verholfen haben, stimmt Herr Scheidemann ein Geschrei über die reaktionären Tendenzen bei der Reichswehr an. Aber die Absicht ist zu durchschauen, als daß sie nicht von jedem Kind durchschaut werden würde. Herr Scheidemann will wieder eine Rolle spielen, und deshalb mimt er Opposition. Anscheinend ist diese Rolle Scheidemanns bereits in der Verammlung erkannt worden, denn wie Wolffs Telegraphenbureau meldet, schloß sich an die Rede eine lebhafteste Diskussion, in der sich ein starker Anhang der Unabhängigen bemerkbar machte, was wohl bedeuten soll, daß Scheidemann die Maske vom Gesicht gerissen wurde.

### Die Nichtbestätigung Vogtherr's.

Die Nachricht von der Verjagung der Bestätigung des Genossen Vogtherr zum Landrat in Schmalfelden kommentiert bisher nur die rechtssozialistische „Freie Zeitung“ mit folgenden Worten:

„Wogu wir bemerken, daß Herr Heine auch dann die Pflicht hat, der Öffentlichkeit bekannt zu geben, welche persönlichen Gründe ihm hindern, Vogtherr als Landrat zu bestätigen. So etwas dürfte alle Welt interessieren und ist auch notwendig, damit man nicht auf die Vermutung kommt, es geschehe aus Parteilichkeit.“

Wie wir dazu erfahren, hat der Genosse Vogtherr an den Minister Heine das schriftliche Ersuchen gerichtet, ihm Gelegenheit zu geben, zu den für die Nichtbestätigung benutzten Gründen sich zu äußern und ihm deshalb genaue Angaben über die Gründe zu machen. Man darf gespannt sein, wie die Antwort des Ministers ausfallen wird. Wenn man sich auch noch des vorläufigen Bestätigungsrechts bedienen will, so geht es doch nicht mehr an, sich bei Ablehnungen hinter allgemeine Redensarten zu flüchten. Es müssen auch hier Wahrheit und Gerechtigkeit zu ihrem Recht kommen, und weder Genosse Vogtherr noch die großen Volksteile, die ihm ihr Vertrauen geschenkt haben, brauchen volle Aufklärung zu fürchten.

### Die Aussichten der Brotversorgung.

Anstatt die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, welche Wirkungen die Einführung der Frühdruckprämie und das Druschverbot für Daser auf die Ablieferung von Brotgetreide durch die Landwirte gehabt haben, und entgegen ihrer bisherigen Haltung suchen jetzt die offiziellen Stellen die Öffentlichkeit durch günstige Stimmungsberichte zu beeinflussen. Angeblich soll die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Getreide aus deutscher Ernte bei reiflicher Ablieferung der Landwirte auch dann gesichert sein, wenn durch die Verabreichung des Ausmahlungsloyes der Bedarf größer würde. Es ist bezeichnend, daß diese offizielle Notiz vollständig übersehen, daß nicht nur die Verabreichung des Ausmahlungsloyes, sondern auch die Erhöhung der Ration eine dringende Notwendigkeit ist.

Im übrigen fahren die Anhänger des freien Handels unermüdet fort, die Zwangswirtschaft für die Schwierigkeiten in der Brotversorgung verantwortlich zu machen. Sie suchen dabei nicht einmal zu bedenken, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die damit eintretende gewaltige Preissteigerung in schärfstem Widerspruch zu den Interessen der minderbemittelten Bevölkerung stehen. So schreibt die „Berliner Vörsenzeitung“:

„Selbstverständlich würde das Brot bei Freigabe des Brotgetreides teurer werden, aber es ist ein Umstand, daß wir uns nach Öffnung der Grenzen, die nun einmal trotz aller entgegengesetzten Vorurteile erfolgt ist, kampflos demüßigen, eine abgeschlossene Wirtschaft aufrechtzuerhalten und Preise auf das Papier diktiert, die weder mit dem Weltmarkt noch mit den inländischen Produktionskosten in Einklang stehen. Für die minderbemittelte Bevölkerung kann die Regierung durch Ankauf am freien Markt eine Vorzugsbelieferung zu niedrigen Preisen leicht durchzuführen.“

Man wird sich das Jugendschicksal der Anhänger des freien Handels merken müssen, daß das Brot selbstverständlich bei Freigabe des Brotgetreides teurer wird. Ebenso wichtig aber ist die Feststellung, daß auch die Freihandelsinteressenten ebenso wie die Agrarier Viebesgaben aus dem Staatsfiskus für sich beanspruchen.

### Drohender Generalstreik in Mecklenburg.

Die durch die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Preissteigerungen hervorgerufene Verschärfung der Lebensmittelversorgung löst in allen Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung wachsende Empörung aus. Besonders in Mecklenburg ist die Erregung seit Wochen dauernd im Steigen begriffen, da alle Versuche, die maßgebenden Stellen zum Eingreifen gegen diese Preissteigerung zu veranlassen, bisher vergeblich gewesen sind. Ueber die augenblickliche Lage, die die Gefahr eines Generalstreiks in Mecklenburg in drohender Nähe rückt, unterrichtet die folgende Zuschrift aus Rostock:

In Rostock lagte am Sonntag, den 7. d. M., eine vom Gewerkschaftsrat einberufene Gewerkschaftsversammlung, die von ungefähr 3000 Personen besucht war, um Stellung zu nehmen gegen die furchtbar steigenden, sprunghafteste Steigerung der Preise für Milch und Butter. Die mecklenburgische Regierung sowie die Landeshörde für Volksversorgung waren zu dieser Versammlung eingeladen und vertreten. Das einleitende Referat wurde von einem Vertreter der Landeshörde für Volksversorgung gehalten. In der Diskussion, die zum Teil recht hitzig verlief, wurden von allen Rednern die Maßnahmen der Regierung u. d. der Behörden scharf kritisiert. Eine Resolution, die der Regierung und der Landes- und Kreisbehörde für Wollherabsetzung des geübten Mißtrauens auspricht und fordert, daß die Preise sofort

herabgesetzt werden, und die Zwangswirtschaft für Daser und Leder und andere Sachen die in letzter Zeit davon befreit wurden, wieder eingeführt wird, wurde gegen einige Stimmen angenommen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde eine Kommission gewählt, die mit den Regierungsin in Schwerin u. d. Berlin zwecks Abbau der Preise in Verhandlung treten soll. Werden der Kommission keine bündigen Zusagen gemacht, so wird von Freitag, den 12. September, ab der Generalstreik über ganz Mecklenburg proklamiert.

Wir erwarten, daß die Regierung den Forderungen der Kommission entspricht, damit der Generalstreik in Mecklenburg vermieden wird.

### Die Vorgänge in Glogau.

Ueber die Vorgänge vom Dienstag geht uns aus Glogau von einem Augenzeugen folgender Bericht zu:

Am Vormittag des 9. Septembers wurde auch in Glogau auf dem Wochenmarkt, wie vorher schon in anderen schlesischen Städten, durch Arbeiter eine Verabreichung der unerhörten hohen Obst- und Gemüsepreise erzwingen, wobei aber alles in ziemlich ruhiger Abgang. Am Nachmittag bildete sich eine Menschenansammlung vor einem Kolonialwaren- und Delikatessengeschäft in der Langenstraße, in dessen Schaukasten Schinken, Schmalz, Fett, Schokolade usw., kurz alle guten Sachen, die sich heute den minderbemittelten Kreisen nicht leisten können, zur Schau gestellt waren. Gegen Abend nahm die Menge zu, die immer erregter wurde. Plötzlich erschienen Soldaten in Stahlhelmen mit aufgeschlängtem Seitengewehr, und nun spielten sich die Dinge mit solcher Schnelligkeit ab, daß kein Mensch in der Lage sein konnte, ein genaues Bild davon zu geben, ein Umstand, der leider demnächst augute kommen wird, die die Schuld an dem nun folgenden Mißvergehen tragen.

Ohne der Menge genügend Zeit zu lassen, den Befehl zum Auseinandergehen zu befolgen, wurden mehrere Soldaten abgefeueret, eine Handgranate erdröhnte, und am nächsten natürlich alles, bis auf die, die von den mordenden Geschossen erreicht waren. Mehrere Personen wurden getötet, ein Wundtoter. Herzergreifende Szenen spielten sich ab: eine Mutter suchte ihre verlebte Tochter, die zum nächsten Arzt geschickt worden war; dort hatte eine junge Frau nach ihrem Warten, der jedoch in die Langenstraße gegangen war. Auf einem Datschenwagen wurde ein Schwerverwundeter weggeführt, begleitet von einem Freunde, dem anscheinend der Schreck den Geist verloren hatte und der nun ohne Aufhören hinausstürzte: „44 Jahre war er im Felde und nun müssen ihn die Hunde hier erschicken.“

Wen trifft nun die Schuld? Zunächst die, die anstatt zu beruhigen, die Menge am Nachmittag weiter gereizt hatten. Der Oberbürgermeister hielt von der Freitreppe des Stadtheaters aus eine Rede, in der er erklärte, unsere Valuta stände deshalb so schlecht, weil wir zu wenig gearbeitet und zu viel gefeiert hätten! Dies in einer Stadt, wo Streiks mit unbedeutenden Ausnahmen überhaupt noch nicht vorgekommen waren!

Nach Artikel 121 der neuen Verfassung des Deutschen Reiches haben alle Deutschen das Recht, sich friedlich und unbeschwert zu versammeln. Die Ansammlungen in der Langen Straße waren doch zunächst nur Protestkundgebungen gegen die hohen Preise, das Einschreiten des Militärs bedeute also einen Verstoß der Verfassung, denn Protestkundgebungen hat doch die Verfassung selbst schon vielfach organisiert, sie sind also wohl als erlaubt zu betrachten.

Wer ist nun schuldig? Muß man noch einmal fragen. Wohl nicht der Offizier, der den Befehl zum Feuern gegeben hat, sondern seine Vorgesetzten, die ihm Instruktionen gegeben haben, nach denen er sich zum Schießen berechnen glauben durfte, letzten Endes also der Reichswehrminister Kossel. Nun lernen auch die Bewohner der Provinz die Segnungen von dessen Gewaltpolitik kennen.

Diese Darstellung wird durch die Berichte der Lokalpresse bestätigt. In einer Resolution, die von einer Arbeiterversammlung einstimmig angenommen wurde, heißt es zudem: „Leider ist festgesetzt worden, daß sich auch besonders Militär an dem Aufruhr beteiligt haben sollte, wobei teilweise sogar die Führung der Revolte übernahm.“ Die Versammlung legte eine Kommission ein, die feststellen soll, wer die Schuld an den Vorgängen trägt, und inwiefern militärischerseits nicht richtig vorgegangen wurde.“

### Eine wichtige Anfrage.

Am 3. September waren in Weimar der Beirat des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und die gleiche Körperschaft des Bureauangestelltenverbandes zu Beratungen verammelt. Beide „Instanzen“ haben nahezu gleichlautende Beschlüsse gefaßt, von denen wir den einen, der die Unterschrift des Beirats der Bureauangestellten trägt, zur Kenntnis der Arbeiterschaft bringen möchten, da er vor dem anderen den Vorzug der klareren Fassung hat.

Die Entschließung lautet: Der Beirat erklärt, daß die für alle Mitglieder verbindliche grundsätzliche Stellung des Verbandes durch die Verhandlungsgespräche, die Beschlüsse der Verhandlungstage und der Gewerkschaftskonferenzen gegeben ist, erblickt in den freien Gewerkschaften die einzige und unbedingte Interessenvertretung der Arbeiterschaft in allen mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, den gewerkschaftlichen Kämpfen und Aufstößen im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften andere Formen und andere Träger zu geben, sind von allen Verbandsgewählten auf das nachdrücklichste zu bekämpfen.

Die Bestätigung für Vereinigungen, die beratungswürdige Bestrebungen fördern, ist mit der Mitgliedschaft im Zentralverband der Angestellten vereinbar.

Was verstehen die hohen Instanzen der kaufmännischen und Bureauangestellten unter Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, den gewerkschaftlichen Kämpfen und Aufstößen andere Formen und andere Träger zu geben? Ist hier die Kätzebewegung gemeint? Und welche statutarischen Bestimmungen oder Beschlüsse geben ihnen das Recht, die Mitglieder zur „nachdrücklichen“ Bekämpfung solcher Bestrebungen zu verpflichten? Was soll es heißen, wenn die Entschließung lautet, die Bestätigung für Vereinigungen, die beratungswürdige Bestrebungen fördern, ist mit der Mitgliedschaft vereinbar? Soll hier der Boden freier Kritiker? Eine authentische Erklärung dieses Beiratsorakels erscheint uns dringend erwünscht.“





Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei.

Am 30. August bis zum 2. September fand in Kopitz der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei statt. Genosse Seifiger...

Sam Vormittag des Parteitages wurde Dr. Sudwig Gsch gewählt. Derselbe berichtete auch über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Konstituierung der Partei...

Darauf referierte Genosse Lepik über den Organisationsstatut, das sich im allgemeinen an den Organisationsstatut der alten deutsch-tschechischen Partei anschließt...

Genosse Reichberg schloß ein Referat über die Welle des Kapitalismus. Daraus wurde eine Resolution gegen die Kränkung angenommen...

Am Ende des Parteitages fand ebenfalls in Kopitz eine Massenkonferenz statt...

Österreichischen Bauernkomitees die Abgeordneten Wolfold Popp und Gabriele Popp teilnahmen...

Gewerkschaftliches.

Der Tarif der Angestellten in der Lederbranche.

In einer überfüllten Versammlung der in der Lederbranche tätigen Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgeschäftigen gab Kallage Licht den Bericht über den Tarif...

Alle Angestellten, denen durch diesen Tarif keine Lohnaufbesserungen zufließen, erhalten 10 Proz. Zuschlag...

Zum Streik im chemischen Großhandel.

Die Sitzung des Transportarbeiterverbandes schloß am 4. August 1919 abends in den Sophienhallen unter der Leitung des Zentralverbandes...

Die Darstellung der Stellung des Transportarbeiterverbandes bestätigt also unsere Behauptung, daß der Kampf im chemischen Großhandel gemeinsam beginnen und unter bestimmten Bedingungen gemeinsam beendet werden soll...

Rückung der Arbeiterkraft zum streikenden Erdbagger werden. Außerdem hatten sich die Transportarbeiter...

Wenn auch der Ausschuss der Gewerkschaftskommission auf begrifflichen Schäden — zu dem Streik gehören den Organisationen nicht Stellung genommen hat...

Wenn Zentralverband des Handlungsgeschäftigen erhalten nur eine Entschädigung der Besetzung bei der Abgabe...

Die Arbeiter und Angestellten der Gageba haben am Sonntag, den 8. September, einstimmig beschlossen, im Streik zu verharren...

Damit ist wohl unsere Stellungnahme zu dem Verhalten der Leitung des Transportarbeiterverbandes glänzend gerechtfertigt.

Wie in einer großen öffentlichen Versammlung der streikenden Angestellten berichtet wurde, hat die Leitung des Transportarbeiterverbandes...

Die Streikenden versammelten sich heute früh 9 Uhr im Abriegelungs-Kassensaal...

Zustimmung der Angestellten der hiesigen Gas- und Elektrizitätswirtschaft. In einer überfüllten Versammlung wurde zum Tarifstreik Stellung genommen...

